

Zur anstehenden Reform des Personenbeförderungsgesetzes

Statement Stefan Gelbhaar, Obmann im Verkehrsausschuss für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die heutige Taxifahrer-Sternfahrt und Demonstration zeigt deutlich: Für viele aus der Branche geht es um die nackte Existenz, wenn Uber & Co wie freie Radikale auf den Mobilitätsmarkt strömen. Es braucht eine Reform des Personenbeförderungsgesetzes, keine Revolution. Das heißt, gleichzeitig auf die geänderte Mobilitätsbedürfnisse der Menschen eingehen und trotzdem an fairen Wettbewerbsbedingungen mit einheitlichen Spielregeln festzuhalten. Die Betriebs-, Beförderungs- und Tarifpflicht muss auch für „die Neuen“ gelten. Wer einen taxi-ähnlichen Betrieb anbieten will, muss auch unter dieselben Regeln fallen. Dazu gehört der Erwerb von Konzessionen genauso wie die fachliche und persönliche Eignungsprüfung der Fahrer. Sozialstandards müssen gestärkt und nicht verwässert werden.

„Unterm Strich muss man sagen: Dieses Eckpunktepapier novelliert nicht die Beförderung von Personen, sondern nur die Gewinnspanne von Uber und Co“, sagt Stefan Gelbhaar, Sprecher für Städtische Mobilität der grünen Bundestagsfraktion. Und weiter resümiert er: „Eine reine Marktliberalisierung und Öffnung für Sharing-Anbieter wie Uber und Co verfehlt jede ökologische Lenkungswirkung. Es besteht die Gefahr, dass am Ende faktisch mehr Fahrzeuge, ob nun Pkw oder Kleinbusse, auf den Straßen fahren und der Verkehrskollaps damit gar befördert wird.“

Diese Eckpunkte liefern keine Antworten auf die drei größten Herausforderungen des öffentlichen Verkehrs: Weder sind Maßnahmen für eine Bewältigung der wachsenden Pendlerströme aus dem Umland in die Stadt enthalten, noch gibt es Antworten wie Abhilfe gegen überfüllte Busse und Bahnen in den Morgen- und Feierabendzeiten geschaffen werden soll. Auch Kannibalisierungseffekte in Richtung öffentlichen Nahverkehr sind nicht bedacht oder gar ausgeschlossen worden.